

Alois Gerig

- (A) Eine nachhaltige und naturnahe Waldbewirtschaftung sowie die Vorbereitung unserer Wälder auf den Klimawandel ist nur dann gewährleistet – das hat Herr Josef Göppel ausgeführt –, wenn genügend Fachpersonal zur Verfügung steht. Ebenfalls muss es darum gehen – auch das hat Herr Kollege Göppel ausgeführt –, Waldbesitzer mit nur kleinen Beständen zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Waldstrategie mit ihren vielen zukunftsweisenden Lösungsansätzen zeigt, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung für den deutschen Wald sehr ernst nimmt. Die Strategie ist darauf ausgerichtet, Bewährtes zu erhalten: Der deutsche Wald soll auch künftigen Generationen als Natur-, Wirtschafts- und Erholungsraum dienen. Ich bitte Sie alle: Lassen Sie uns dieses Ziel weiterhin gemeinsam verfolgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Das war die schwächste Rede der ganzen Debatte!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7292 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 17/7667 soll an dieselben Ausschüsse überwiesen werden. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

- (B) Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 a und b sowie den Zusatzpunkt 11 auf:

- 31 a) Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Ulrich Kelber, Dirk Becker, Gerd Bollmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Klimadiplomatie der Bundesrepublik Deutschland

– Drucksachen 17/4705, 17/6861 –

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Kerstin Müller (Köln), Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neue Initiative für transatlantische Kooperation in der Klima- und Energiepolitik

– Drucksache 17/7356 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

- ZP 11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Viola von Cramon-Taubadel, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

China als wichtiger Partner im Klimaschutz

– Drucksache 17/7481 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Frank Schwabe von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Frank Schwabe (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Die Welt ist schon komisch. Wenn es eine Krise gibt, hat man diese irgendwann kommen sehen, aber nichts dagegen unternommen. Manchmal ist die Situation gar nicht so schlimm, und trotzdem steht viel in den Zeitungen; manchmal ist es viel schlimmer, aber es steht wenig in den Zeitungen.

Auch die Finanzkrise haben alle kommen sehen, aber man hat nicht rechtzeitig etwas dagegen unternommen. Ebenso sehen alle die Klimakrise kommen, aber man macht relativ wenig dagegen. Irgendwann sieht man dann die dramatischen Auswirkungen und fragt sich, warum man nichts getan hat, als man etwas hätte tun können – nämlich heute.

Das Jahr 2010 war das Jahr, in dem der Treibhausgasanstieg weltweit am stärksten war. Das Jahr 2010 war das wärmste Jahr seit der Messung der Temperaturen. Das heißt, alle Szenarien, die im Rahmen des Weltklimarats angedacht und die natürlich auch umstritten waren, sind mittlerweile von der Realität überholt worden. Im Umweltausschuss in dieser Woche haben uns Klimazugehörigen aus drei Ländern der Erde sehr eindrucksvoll geschildert, wie sich der Klimawandel bei ihnen auswirkt. Gleichzeitig gibt es in manchen Ländern merkwürdigerweise noch Debatten über die Frage, ob der Klimawandel Realität ist und ob der Mensch dafür verantwortlich ist.

(D)

Seit sechs Jahren fahre ich zu Klimakonferenzen. Was ich – und vermutlich die ganze Welt – dabei gelernt habe, ist, dass Klimakonferenzen weit mehr sind als Umweltkonferenzen. Es geht darum, wie die Welt sich neu positioniert – in wirtschaftlichen Fragen und in entwicklungspolitischen Fragen. Kurz: Es ist ein umfassendes Thema, vor allen Dingen für die Außen- und Entwicklungspolitik.

Ich begrüße ausdrücklich, dass es auch unter dieser Bundesregierung den einen oder anderen Fortschritt gibt und dass das Thema mittlerweile sogar im UN-Sicherheitsrat auf der Tagesordnung war, wenn auch mit einer sehr schwachen Beschlusslage. Ebenso finde ich es gut, dass das Außenministerium die Konferenz in Durban durch eine Veranstaltung vorbereitet. Aber das alles ist bei weitem nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frank Schwabe

- (A) Wir befinden uns in einer wirklich absurden Situation. Wenn man in der Welt herumkommt, dann trifft man in den deutschen Botschaften auf Botschafter, die – und das ist nicht persönlich gemeint – nicht so genau wissen, was Deutschland in dem Bereich eigentlich macht. Sie haben Mühe, einen Überblick über alle Programme zu bekommen. Außerdem mangelt es an Expertise. Da können wir von den Briten lernen, die mittlerweile einen großen Teil ihres Außenministeriums auf Fragen der internationalen Klimapolitik spezialisiert haben. An den britischen Botschaften findet man Experten, an der Britischen Botschaft in Deutschland gleich mehrere. Das brauchen wir auch an den deutschen Botschaften.

Es gab Klimainitiativen des damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier in den USA. Wir haben in diesem Zusammenhang eine Große Anfrage gestellt. In der Antwort darauf fehlte die Antwort auf unsere Frage zu einer Initiative Deutschlands in den Bundesstaaten der USA, was den Emissionshandel betrifft. Diese Initiative scheint es nicht mehr zu geben. Das heißt, im Bereich der Außenpolitik ist viel zu tun.

Aber das reicht nicht. Wir brauchen eine institutionelle und personelle Verankerung in der Außenpolitik. Ebenso wichtig ist, dass die Bundesrepublik Deutschland in dem Bereich eine Führungsrolle übernimmt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Es tut mir leid: Dort versagen Sie auf ganzer Ebene. Wir haben schon mehrfach miteinander darüber diskutiert, was international notwendig ist. Führung, Leadership, wäre notwendig. Vertrauen – das, was international als „Trust“ bezeichnet wird – wäre notwendig. Das leisten Sie nicht. Im Bereich der Klimafinanzierung ist es weiterhin so, dass 88 Prozent der Gelder, die im Rahmen der Fast-Start-Finanzierung zugesagt wurden, von Ihnen nicht bereitgestellt werden. Es sind also gerade einmal 12 Prozent der Gelder geflossen. Diese Quote ist im Bereich der internationalen Klimapolitik definitiv nicht ausreichend, um für Deutschland eine Vorreiterrolle reklamieren zu können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Da ist ja der Iran mit seinen Planungen zuverlässiger!)

Was die Reduktion der Emissionen angeht, ist die Europäische Union nicht ambitioniert genug. Ich habe heute in der *Süddeutschen Zeitung* von Herrn Außenminister Westerwelle den Satz gelesen:

Wir haben eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz.

Man hat ihm da einen richtigen Satz aufgeschrieben. Er ist bloß nicht unterlegt.

Herr Röttgen ist mittlerweile eine traurige Gestalt geworden. Er predigt seit über einem Jahr das 30-Prozent-Ziel. Er wird aber von der Koalition, der Bundesregierung und auch von der Bundeskanzlerin sträflich allein gelassen. Herr Kauch, Sie werden gleich noch reden. Vielleicht können Sie dann einmal die Frage beantworten, wie Herr Westerwelle zu dem 30-Prozent-Ziel steht,

da er doch an dieser Stelle für Deutschland eine Führungsrolle reklamiert. (C)

Sie von der Koalition wissen ganz genau, dass auch das deutsche 40-Prozent-Ziel nicht einzuhalten ist. Deswegen wollen Sie wahrscheinlich auch kein Klimaschutzgesetz; denn damit würde dieses Ziel rechtlich fixiert werden. Sie wissen genau, dass diese Zahl das Papier nicht wert ist, auf dem sie steht. Es gibt andere Länder in der Europäischen Union – ich nenne Großbritannien, zum Teil Frankreich, aber auch skandinavische Länder –, die beim 30-Prozent-Ziel innerhalb der Europäischen Union voranschreiten wollen. Sie sind aber nicht dabei. Sie werden nachher wieder darauf verweisen, dass es bei uns Bewegung in dieser Frage gibt. Aber das Fenster für das Einnehmen einer Vorreiterrolle in der Europäischen Union schließt sich. Ich bin mir sicher, dass dies im ersten Halbjahr des nächsten Jahres der Fall sein wird. Daher sollten Sie an dieser Stelle Ihre Hausaufgaben machen.

Hinsichtlich des internationalen Klimaschutzes ist ein integrierter Ansatz im Rahmen der Außenpolitik notwendig. Ich sehe zwar gewisse Fortschritte. Aber was die deutsche Führungsrolle angeht, da versagen Sie kläglich. Solange Sie nicht in der Lage sind, eine andere Rolle einzunehmen, sollten Sie den Begriff von der Vorreiterrolle nicht mehr in den Mund nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Andreas Jung für die Unionsfraktion. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Anschluss an die Rede von Frank Schwabe will ich zunächst einmal feststellen: Es ist wahr, dass die öffentliche Debatte derzeit von der Euro-Krise und der Finanzkrise in Europa geprägt wird. Wahr ist aber auch: Die Herausforderungen des Klimaschutzes sind nicht weniger wichtig geworden. Wir konnten erst dieser Tage wieder lesen, dass der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen weiter steigt. Deshalb ist energisches und auch schnelles Handeln dringend geboten. Es wäre nichts gewonnen, wenn wir am Ende zwar die Euro-Krise und die Finanzkrise bewältigen würden, aber das Klima uns sozusagen um die Ohren fliegt.

Es ist richtig, wenn in der Großen Anfrage der SPD und auch in den vorliegenden Anträgen davon gesprochen wird, dass Klimaschutz ein wichtiges Thema für die diplomatischen Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland bleibt. Wir wissen, dass wir das globale Problem des Klimawandels nur mit unseren Partnern lösen können. Diese Partner sind souveräne Staaten, die wir zu nichts zwingen können und die für einen engagierten und ambitionierten Klimaschutz nur auf dem Verhandlungswege gewonnen werden können.

(Josef Göppel [CDU/CSU]: So ist es!)

Andreas Jung (Konstanz)

(A) Es ist übrigens bemerkenswert – so ist es in der Antwort auf die Große Anfrage zu lesen –, was an Aktivitäten auf allen Ebenen schon erfolgt ist. Aufgrund der Erkenntnis, dass der Klimawandel eines der ganz zentralen Themen ist, wissen wir, dass diese Aktivitäten noch verstärkt werden müssen. Deshalb finde ich es richtig, dass der Bundestag dieses Anliegen unterstützt. Ich halte es ebenfalls für richtig, dass wir dies gerade im Vorfeld der Konferenz von Durban tun.

Wir wissen, dass kritisch auf diese Konferenz geschaut wird. Es wird die Frage gestellt, ob solche Konferenzen Sinn machen und ob es nicht viel zu langsam vorgeht. Es ist wahr: Auf all diesen Konferenzen haben wir noch nicht das erreicht, was wir erreichen wollten und was wir am Ende erreichen müssen. Wir alle sind vor zwei Jahren von der Konferenz in Kopenhagen resigniert und frustriert nach Hause gefahren, weil dort in der Tat viel Porzellan zerschlagen wurde.

Ein Teil dieses Porzellans wurde in Cancún zusammengeflückt. Immerhin ist der Schritt dahin gelungen, dass erstmals das 2-Grad-Celsius-Ziel, das die Forscher bei der Bekämpfung des Klimawandels für wesentlich erachten, anerkannt wurde.

Wahr ist auch, dass das nur ein erster Schritt war. Als zweiter Schritt fehlt noch die Folgerung daraus, nämlich die Verpflichtung von Industriestaaten, die Beteiligung von Schwellen- und Entwicklungsländern mitzutragen, und zwar in Form eines völkerrechtlich verbindlichen Abkommens.

(B) Das bleibt unser Ziel, auch in Durban. Wir wissen aber, dass es schwierig bis ausgeschlossen sein wird, schon dort einen Durchbruch zu erreichen. Deshalb ist es richtig, zu sagen – wie auch beantragt wird –, dass wir einerseits dieses Ziel in Durban verfolgen werden, wir andererseits unterhalb dieser Ebene prüfen müssen, wie wir das Ganze voranbringen. Das kann zum einen dadurch geschehen, dass wir unsere Bereitschaft ankündigen, eine zweite Kioto-Verpflichtungsperiode einzugehen, um so unsere Ziele erreichen zu können. Zum anderen können wir auf diplomatischem, auf politischem Weg Kooperationen mit Partnern überall auf der Welt eingehen. Dabei dürfen wir insbesondere die USA und China als die beiden Hauptemittenten von CO₂ nicht aus der Verantwortung lassen. Ich bin davon überzeugt, dass das eine Botschaft der deutschen Außenpolitik sein muss. Kein Staat kann eine Führungsrolle beanspruchen, der bei dem entscheidenden Thema Klimaschutz nur am Rande steht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme auf das zu sprechen, was wir in Deutschland tun. Deutschland muss seine Führungsrolle weiterhin kraftvoll wahrnehmen. Das hat mit unserem praktischen Handeln zu tun. Ich nenne als Beispiel die Energiewende. In diesem Jahr haben wir im Konsens den vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Dabei gab es von vornherein immer eine Voraussetzung, nämlich dass wir unsere Klimaziele dadurch nicht infrage stellen. Das unbedingte Ziel lautet, bis 2020

40 Prozent an Emissionen gegenüber 1990 einzusparen. (C) Das steht nicht zur Disposition. Dazu bekennen wir uns.

Alleine die Tatsache, dass wir uns in Deutschland auf den Weg machen, mit neuen Technologien und erneuerbaren Energien dieses Ziel zu erreichen und darin auch eine wirtschaftliche Chance sehen, löst Diskussionen und ein Umdenken bei Staaten auf der ganzen Welt aus. Das ist ein erster wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der zweite wichtige Punkt – auch das wurde bereits angesprochen – ist, wie wir bei den internationalen Verhandlungen auftreten. Die Bundeskanzlerin hat klare Zusagen gemacht, was die Finanzierung und die Partnerschaften mit den Entwicklungsländern angeht. Diese Botschaft will ich ganz deutlich unterstreichen. Diese Zusagen müssen eingehalten werden. Das ist auch eine Forderung der Unionsfraktion. Hierzu brauchen wir Transparenz und Klarheit in Deutschland und darüber hinaus eine Vergleichbarkeit mit unseren Partnern in den anderen Industriestaaten. Daran misst sich unsere Glaubwürdigkeit in der Klimapolitik. Das steht völlig außer Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme zum letzten Punkt. Herr Kollege Schwabe hat die Frage angesprochen, wie es in den anderen europäischen Staaten aussieht. Machen die dasselbe wie wir? Folgen diese Staaten den Vorgaben, die wir in Deutschland mit unserem unbedingten 40-Prozent-Ziel eingeschlagen haben?

(D) Hierüber gibt es nach wie vor eine Diskussion innerhalb der Bundesregierung, aber auch unter den Koalitionsfraktionen. Ich persönlich hielte es für richtig – diese Meinung wird geteilt von den Kolleginnen und Kollegen im Umweltausschuss –, wenn die Europäische Union unseren Weg nachvollzieht, sich zu einem unbedingten Klimaziel bekennt und die einzelnen Staaten ihre Vorgaben entsprechend aufstocken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür werde ich in den nächsten Tagen und Wochen weiter werben.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht mal!)

Sie wissen: Viele Diskussionen sind noch zu führen. Es gibt dabei viel Überzeugungsarbeit zu leisten, die wir gerne übernehmen wollen. Die deutsche Vorreiterrolle im Klimaschutz bleibt. Wir arbeiten dafür, dass in Durban weitere wesentliche Schritte auf dem Weg zu einem Klimaabkommen unternommen werden können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Antwort auf die Große Anfrage der SPD zur Klimadiplomatie der Bundesrepublik Deutschland hat 34 Seiten. Bei allem Respekt vor der Arbeit der Beteiligten: Was machen wir jetzt damit? Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Es ist bereits jetzt klar, dass die UN-Klimakonferenz auch dieses Jahr wie das Hornberger Schießen ausgehen wird. Am Mittwoch bemerkte eine Klimazeugin aus Papua-Neuguinea im Umweltausschuss, dass wir uns auf COP 17 in Durban über das Scheitern von COP 16 in Cancún unterhalten. Da hatten wir uns über die Katastrophe der COP 15 in Kopenhagen verständigt. Kein Wunder, dass uns immer mehr Menschen aus Umweltbewegungen die Frage stellen, was die jährlichen Treffen der Klimadiplomaten und Lobbyisten überhaupt bringen.

Um eines klarzustellen: Ich bin nicht der Meinung, dass die Klimaverhandlungen überflüssig sind. Globale Probleme müssen auch global geklärt werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.
Dr. Matthias Miersch [SPD])

Doch ich frage mich dann schon, ob die debattierte Minimallösung – etwa ein bis 2017 verlängertes Kioto-Protokoll mit unveränderten Minderungszielen – tatsächlich Sinn macht. Schließlich übernehmen wir dann die gesamte heiße Luft aus den osteuropäischen Staaten, anstatt diese Emissionen mit einem neuen Abkommen zu verhindern. Dann frage ich mich: Ist es vielleicht sogar sinnvoller, ein paar Jahre, bis ein vernünftiges Abkommen geschlossen wird, mit nationalen Verpflichtungen zu überbrücken, um in dieser Zeit die zugesagten, dringend notwendigen Fonds für Klimaschutz, Anpassung und Waldschutz mit Geld und tatsächlich mit Leben zu füllen?

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Frage stelle ich jetzt einmal in den Raum.

Wie dem auch sei, für mich wird jedenfalls immer klarer, welche Rolle unsere Klimapolitik hier in Deutschland im internationalen Kontext einnimmt bzw. einnehmen muss. Ich bin der Überzeugung: Die Bundesrepublik kann bei der globalen Energiewende eine Schlüsselrolle spielen, und zwar als praktisches Beispiel dafür, dass ein industrialisierter Staat seine Energieversorgung tatsächlich vollständig auf eine regenerative Versorgung umstellen kann,

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.
Frank Schwabe [SPD])

und zwar ohne Problemverlagerung ins Ausland, siehe Agrosprit, oder auf Kosten der sozial Schwachen, Stichwort „Energiearmut“. Die Bundesrepublik hat mit der erkämpften Energiewende, so mangelhaft sie im Detail auch ist, den Weg für eine solche Rolle freigemacht.

(Josef Göppel [CDU/CSU]: Sogar die Linken erkennen das an!)

Sie wissen es selbst: Vertreter aus China und anderen Staaten haben mehrmals erklärt, dass sie die Entwick-

lung hier genau verfolgen; denn mit unserem Fördersystem für die erneuerbaren Energien und dem Atomausstieg könnten wir das solare Zeitalter in absehbarer Zeit erreichen. Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir das absolut nicht vergeigen; aber wir sind genau auf dem Weg dahin.

Im letzten Jahr stiegen die CO₂-Emissionen in Deutschland um 3,7 Prozent, übrigens bei einem Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent. Das sage ich an die Adresse derjenigen, die meinen, das Wirtschaftswachstum hätte sich inzwischen vom Umweltverbrauch abgekoppelt, etwa weil wir jetzt eine Dienstleistungsgesellschaft wären. Offensichtlich sind wichtige Weichen für die Zukunft schlicht falsch gestellt.

In den letzten Tagen wurde allerorts heftig über etwas diskutiert, worauf die Linke seit Monaten unablässig aufmerksam macht – die „unabhängigen“ Medien haben das völlig ignoriert, weil es eben nicht von der SPD oder den Grünen kam –: Zum einen werden über sogenannte internationale Klimaschutzprojekte nun sogar Kohlekraftwerke in China und Indien gefördert. Das halte ich für pervers; es durchlöchert auch unser Emissionshandelsystem.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.
Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum anderen sind die Anreize für die Industrie, hierzulande in Energiespartechnologien einzusteigen, fast null. Die Industrie hat zu viele Emissionsrechte erhalten, und das auch noch umsonst. Ja, sie verdient sogar mit dem Berg von Zertifikaten, die sie natürlich verkaufen kann. Die Sandbag-Studie, die in dieser Woche vorgestellt wurde, hat das nachgewiesen. Auch mit EEG-Umlage, Ökosteuern und Stromkostenkompensation verdienen die energieintensiven Unternehmen mehr, als sie zahlen, wenn sie überhaupt zahlen. Die Bundesregierung betreibt hier das Geschäft der Konzerne zulasten kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der einfachen Leute. Diese müssen nämlich für das alles allein blechen, genauso wie die Menschen in Afrika, Asien oder den Pazifikstaaten. Das wurde in mehreren Anhörungen, die letzte erst am Mittwoch, klar.

Darum: Werden wir endlich glaubwürdig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deutschland muss sich für eine Reform des Emissionshandels genauso einsetzen wie für ein bedingungsloses 30-Prozent-Minderungsziel der Europäischen Union.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nur durch glaubwürdige Entscheidungen wird die Konferenz ein Erfolg. Das ist ganz wichtig und dringend notwendig.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg.
Frank Schwabe [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Michael Kauch für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(A) **Michael Kauch** (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Deutschland hat im Sommer den Vorsitz im Weltsicherheitsrat gehabt. Eine der wesentlichen Initiativen von Guido Westerwelle war, dass im Weltsicherheitsrat zum ersten Mal über den Klimawandel diskutiert und ein Beschluss gefasst worden ist. Das ist für den Sicherheitsrat – Stichwort: sicherheitspolitische Dimension der Klimapolitik – ein wichtiger Auftakt gewesen. Darauf können wir aufbauen. Dafür danke ich dem Auswärtigen Amt ausdrücklich.

Wir werden in der Außenpolitik ein Bündel von Interessen bilden müssen. Wir kommen in den Klimaverhandlungen an Grenzen dessen, was Umweltminister als Interessenausgleich verhandeln können. Wir werden neben den Umweltinteressen auch Handels-, Sicherheits- und machtpolitische Interessen der Staaten zu Bündeln zusammenfassen müssen, wenn wir mit Staaten wie China oder den Vereinigten Staaten vorankommen wollen.

Das ist die Erkenntnis, die wir seit der gescheiterten Konferenz von Kopenhagen im Jahr 2009 auch im Deutschen Bundestag gezogen haben. Der Deutsche Bundestag hat im letzten Jahr erstmals sehr deutlich die außenpolitische Dimension der Klimapolitik hervorgehoben. Auf diesem Weg müssen wir vorangehen, wenn wir ernsthaft zu Ergebnissen kommen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B) Schauen wir uns die Machtinteressen eines Staates wie China an. China ist inzwischen der größte Emittent von Treibhausgasen. Gleichzeitig ist Chinas Volkswirtschaft von Unterschieden geprägt, von Städten, die wie die in Industriestaaten aussehen, und von einer ländlichen Region, wo man erkennt, dass es noch ein Entwicklungsland ist. China ist also ein klassisches Schwellenland, in dem natürlich Armutsbekämpfung im Vordergrund steht. Auf der anderen Seite kommt es in die Weltmärkte hinein und will noch weiter hineinkommen. Es hat auch Interessen mit Blick auf die Welthandelsorganisation. Natürlich will es insgesamt eine wichtige Rolle in der Weltarchitektur spielen. Darauf müssen wir als Europäer eine Antwort geben.

Deshalb ist es aus meiner Sicht richtig, dass wir den Dialog insbesondere mit China forcieren. Das können auch die Parlamente tun. Beispielsweise gibt es von der Abgeordnetenorganisation Globe einen EU-China-Dialog, mit dem wir zwischen den nationalen Parlamenten in der Europäischen Union, mit dem Europäischen Parlament und dem Nationalen Volkskongress in China die Verständigung voranbringen wollen, um den Boden für Vereinbarungen zwischen den Regierungen zu bereiten.

China hat Interessen, aber auch Verantwortung. Diese Verantwortung ist different zu unserer Verantwortung. Es hat nicht so viel historische Verantwortung wie wir, aber es hat Verantwortung für die Zukunft. Denn der Klimawandel von heute liegt noch nicht in der Verantwortung der Chinesen. Aber der Klimawandel von morgen liegt in der Verantwortung der Volksrepublik China.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Wir brauchen von China Transparenz hinsichtlich der zugesagten Maßnahmen. Wir können es akzeptieren, dass sie Zusagen machen, die nicht mit unseren Verpflichtungen übereinstimmen, aber wir können schon erwarten, dass die Zusagen, die die Volksrepublik China macht, entsprechend nachgewiesen werden, und zwar durch international hergestellte Transparenz. Das ist der Anspruch, den wir haben müssen, wenn wir solche Kooperationen mit Steuergeldern finanzieren. Wenn wir Steuergelder geben, muss für unsere Steuerzahler klar sein, dass dabei am Ende etwas für das Klima herauskommt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Grünen haben einen Antrag zum Thema Kooperation mit China gestellt. Darin stehen viele kluge Dinge, die wir teilen. Aber an einer Stelle wird wieder deutlich, dass es ihnen eben nicht um einen Dialog auf Augenhöhe geht; denn Sie wollen den Chinesen vorschreiben, welchen nationalen Entwicklungsweg sie gehen sollen. Sie sagen beispielsweise in Bezug auf CCS, dass Kohleverstromung mit CO₂-Abscheidung ausgeschlossen werden muss. Ich sage Ihnen deutlich: Diese Entscheidung muss die Volksrepublik China treffen und nicht der Deutsche Bundestag. Wir müssen von den Chinesen die Erbringung von Beiträgen erwarten, aber sie müssen ihren nationalen Weg finden, so wie wir den Anspruch haben, unseren nationalen Weg im Bereich Energiemix zu beschreiben.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn wir unser Geld und unser Wissen geben, werden wir doch wohl fragen dürfen, was damit gemacht wird!)

(D)

Wenn wir uns andere Schwellenländer anschauen, dann stellen wir fest, dass es gute Beispiele gibt, etwa Brasilien. Unter den Schwellenländern ist Brasilien ein Land, das bei klimapolitischen Fragen vorne dabei ist. Natürlich hat auch Brasilien Interessen, beispielsweise die Öffnung der Märkte für Agrarrohstoffe. Ich glaube auch: Wenn Brasilien mit uns kooperiert, dann hat es auch einen Anspruch darauf, dass beispielsweise Handelserleichterungen zugesagt werden. Ich würde es deshalb begrüßen, wenn die Europäische Union endlich ihre Märkte für Agrarrohstoffe aus Brasilien und anderen Schwellenländern öffnen würde. Das wäre ein Beitrag zur Vertrauensbildung und zum Interessenausgleich mit den Schwellenländern.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich begrüße es, dass Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel gerade im Bereich Waldschutz ausdrücklich einen Schwerpunkt auf die Kooperation mit Brasilien legt.

(Frank Schwabe [SPD]: Mit Waldvernichtung!)

Der Amazonien-Fonds, der jetzt neu aufgelegt ist und in den Deutschland einzahlen wird, ist ein herausragendes Beispiel für diese Kooperation. Das liegt auch im Inte-

Michael Kauch

- (A) resse unserer deutschen Wirtschaft; denn mit nichts kann man so viel Treibhausgas für vergleichsweise wenig Geld einsparen wie durch Waldschutz. Das liegt in unserem Interesse. Das ist keine Charity-Veranstaltung, sondern Kooperation im besten Sinne. Wir bekommen etwas dafür, wenn wir die Wälder in Amazonien, aber auch im Kongobecken schützen.

(Beifall bei der FDP)

Es gab eine Diskussion über den Erhalt des Yasuni-Nationalparks in Ecuador. Die Koalition wird hier ein Angebot formulieren. Wir werden ein Angebot für den Erhalt des Yasuni-Nationalparks unterbreiten, allerdings deutlich nach den Regeln, die die Vereinten Nationen im Klimaprozess vorgesehen haben.

(Frank Schwabe [SPD]: Da können Sie auch gleich die Säge herausholen!)

REDD ist aus unserer Sicht der beste Mechanismus, um Treibhausgasemissionen nachzuweisen.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass wir als Europäische Union die Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern voranbringen müssen. Wir müssen deutlich machen, dass die Schwellen- und Entwicklungsländer oft mehr gemeinsame Interessen mit der Europäischen Union haben als beispielsweise mit China innerhalb der G 77. Wir müssen in den diplomatischen Beziehungen zu den Schwellen- und Entwicklungsländern das Vertrauen in Deutschland und in die Europäische Union stärken, um den Prozess eines fairen Interessenausgleichs zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung in diesen Ländern voranzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Hermann Ott für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin den Kolleginnen und Kollegen von der SPD sehr dankbar für ihre Große Anfrage, die uns jetzt Gelegenheit gibt, einmal abseits der üblichen vorkonferenziellen Debatten etwas grundsätzlicher über Klimadiplomatie und Klimapolitik nachzudenken. Soweit ich das weiß, war der ursprüngliche Plan, dass die Außenpolitiker an dieser Stelle debattieren sollten. Das ist, glaube ich, bei allen Fraktionen nicht so richtig gelungen. Ich rege an – meine Kollegin Viola von Cramon-Taubadel, unsere Expertin für die Bereiche Auswärtiges und China, sitzt im Saal –, dass wir die nächste Debatte tatsächlich mit unseren Expertinnen und Experten für den Bereich Auswärtiges bestreiten.

Die Große Anfrage enthält einige gute und interessante Fragen, und die Antwort der Bundesregierung enthält ein paar interessante Antworten, zum Beispiel, was die Position der unterschiedlichen Schwellenländer in Bezug auf ein zu verhandelndes neues Abkommen betrifft. Die Antwort enthält tatsächlich etwas Neues. Eine

Reihe von Initiativen der Bundesregierung sowie bilaterale und multilaterale Kooperationen werden dargestellt. Das ist alles sehr wichtig. Deswegen haben wir einen Antrag zu einer transatlantischen Kooperation, einer transatlantischen Partnerschaft mit den USA, und einen Antrag zu einer Partnerschaft mit China in Bezug auf den Klimaschutz in diese Debatte eingebracht.

China – der Kollege Kauch hat das gerade berichtet – hat die USA überholt: China ist jetzt der größte Emittent. China nimmt seine Rolle als Schwergewicht in der internationalen Politik mittlerweile nicht nur in den Verhandlungen über internationale Rettungspakete finanzieller Art wahr, sondern tatsächlich auch in der Klimadebatte. China ist also ein Schwergewicht, an dem man überhaupt nicht vorbeikommt. Kollege Kauch, Sie haben gesagt, wir mischen uns da in innere Angelegenheiten ein und bevormunden die Chinesen, indem wir bestimmte Maßnahmen bevorzugen oder eben nicht. Zuvor haben Sie selbst gesagt: Wenn wir Geld geben, dann wollen wir auch wissen, was damit gemacht wird. Ich meine: Abgesehen davon ist es auch in ethischer Hinsicht wichtig, dass wir sagen, welche Klimapolitik wir für richtig halten, wie wir uns auch in Fragen der Menschenrechte nicht irgendwelchen Vorstellungen anderer anschließen, sondern unsere eigenen Vorstellungen darüber, was richtig ist, auch gegenüber China zum Ausdruck bringen. So sollte das zumindest sein. Manchmal lässt das Verhalten der Bundesregierung da etwas vermissen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was die Kooperation mit den USA betrifft: Das ist bzw. war seit langem der Stolperstein in den internationalen Beziehungen. Deshalb ist es wichtig – das ist Teil unseres Antrags –, dass wir mit den Regionen, die fortschrittlich sind, die eine vernünftige Klimapolitik machen wollen, vorzugehen. Das sind Staaten oder auch Städte und Gemeinden. Ein Beispiel ist Northern Virginia. Es gibt eine Reihe von Kooperationen zwischen Northern Virginia und Städten und Gemeinden in Deutschland. Das hat zu einer erheblichen Umgestaltung der Umwelt- und Energieplanung in Northern Virginia geführt. Das hat dazu geführt, dass diese Region als Modell gilt, auch in anderen Teilen der Vereinigten Staaten. Deutschland sollte zum Beispiel für die „Transatlantische Klimabrücke“ sehr viel mehr Mittel zur Verfügung stellen, um diese Initiativen von unten zu stärken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Trotz der Wortgewalt in den Antworten auf die mehr als 100 Fragen wird deutlich, dass bei der Koalition und bei der Bundesregierung eine dröhnende Ratlosigkeit herrscht; denn wir finden auf den mehr als 30 Seiten keine Antwort auf die Frage, was nach dem Scheitern der Verhandlungen in Kopenhagen geschehen soll. Wir erfahren nicht, wie die Analyse aussieht. Herr Kauch hat gestern bzw. vorgestern bei einem Treffen mit Vertretern von Umweltverbänden gesagt: Die USA werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren keinem rechtlich verbindlichen Klimaschutzvertrag beitreten. Damit müssen wir doch umgehen. Dazu findet sich aber nichts in diesem Wortge-

Dr. Hermann E. Ott

- (A) klingel der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage. Wir müssen uns aber klar darüber werden, wie wir notfalls auch ohne die USA den Klimaschutz voranbringen können – nur das kann uns weiterhelfen –: mit Allianzen innerhalb, aber auch mit Allianzen außerhalb der Klimarahmenkonvention. Falls Durban nicht das bringt, was wir erwarten, dann müssen wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen, ob nicht Deutschland, ob nicht Europa eine Initiative starten sollte, die parallel zum Prozess der Vereinten Nationen den Klimaschutz international voranbringt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat nun die Parlamentarische Staatssekretärin Katherina Reiche.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Katherina Reiche, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel betrifft sehr viele Politikfelder. Er ist eine globale entwicklungspolitische, umweltpolitische, außen- und sicherheitspolitische Herausforderung. Herr Kollege, Sie haben gerade anerkennend gesagt, dass Sie in der Antwort der Bundesregierung sehr viele Aktivitäten gefunden haben. Gleichzeitig sagten Sie, da stehe nichts drin. Ich finde, das schließt sich aus. Man kann nicht erwarten, dass mit einer Konferenz der Gordische Knoten durchschlagen wird und dass die Probleme danach gelöst sind. Wer so denkt, hat, glaube ich, nicht verstanden, dass wir bei der Diplomatie, auf den Wegen, die wir gehen – dies ist manchmal mühsam –, nur Schritt für Schritt zu einem Erfolg kommen.

Deutschland engagiert sich intensiv in den internationalen Klimaschutzverhandlungen; das haben alle anderen Vorredner zustimmend erwähnt.

(Dr. Hermann E. Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das meiste ist leider alt, muss man sagen!)

Es ist gut, dass in dieser Frage im Deutschen Bundestag große Einigkeit besteht, dass wir uns vor jeder Konferenz mit gemeinsamen Anträgen positionieren. Das ist ein starkes Signal an die internationale Gemeinschaft und stärkt den Verhandelnden den Rücken. Wir engagieren uns in bilateralen und in multinationalen Partnerschaften, weil wir glauben, dass wir so ein ausreichendes politisches Momentum für eine globale Lösung aufrechterhalten und verbessern.

Unser Ziel bleibt – das möchte ich betonen – der Abschluss eines globalen, ausgewogenen, umfassenden und rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommens mit bindenden Minderungszielen. Hierfür nutzen wir alle Instrumente der Außen-, Umwelt-, Wirtschafts-, Forschungs-

und Entwicklungspolitik. Wir stimmen uns mit unseren europäischen Partnern, mit den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates und mit weiteren Partnern eng ab. Die Initiative von Bundesaußenminister Westerwelle im UN-Sicherheitsrat ist bereits erwähnt worden.

Wir unterstützen seit Jahren – auch finanziell – besonders vom Klimawandel betroffene Staaten, zum einen im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe, zum anderen im Rahmen der sehr erfolgreichen BMU-eigenen Internationalen Klimaschutzinitiative. Ich erinnere auch daran, dass wir uns seit Kopenhagen verpflichtet haben, im Rahmen der Fast-Start-Initiative neues Geld zur Verfügung zu stellen. Zwischen 2010 und 2012 stellen wir freiwillig insgesamt 1,26 Milliarden Euro zusätzliche Mittel für Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung.

Wir haben im Juli dieses Jahres den zweiten Petersberger Klimadialog ausgerichtet. Zusammen mit Südafrika haben wir im Vorfeld der Klimakonferenz ein Dialogforum geschaffen. Dies fand nicht ganz „off the record“ statt, aber ein bisschen schon. Solche Konferenzen dienen der Vertrauensbildung. Ich habe gerade hier noch einmal vernommen, wie wichtig es ist, in einem solchen mühsamen Prozess Vertrauen zu schaffen, Allianzen zu schmieden und Multiplikatoren zu gewinnen. Die teilnehmenden Staaten waren sich einig, dass wir für die Weltklimakonferenz im südafrikanischen Durban Anfang Dezember ein ausbalanciertes Paket von Entscheidungen anstreben, das eine Übergangsphase in Richtung eines zukünftigen Klimaschutzregimes schafft.

Die Herausforderung in Durban wird sein, sowohl Entscheidungen zur Zukunft des Kioto-Protokolls zu treffen als auch den Fahrplan für ein umfassendes, alle Emittenten einschließendes Abkommen zu bestimmen. Worum geht es im Detail? Zum Ersten geht es darum, die Vereinbarung von Cancún auszugestalten und umzusetzen, insbesondere den neuen globalen Klimafonds, die Institutionen zu Anpassung und Technologie sowie die Vereinbarung von Regeln für mehr Transparenz von Klimaschutzmaßnahmen und deren Finanzierung.

Zum Zweiten geht es um ein Arbeitsprogramm mit dem Ziel, die Emissionsminderungsziele von Industrieländern zu verschärfen und mittelfristig Ziele für Schwellenländer zu setzen, wie Kollege Andreas Jung bereits ausgeführt hat.

Es geht drittens um Entscheidungen, die den Übergang zu einem künftigen Rechtsrahmen ermöglichen. Hierzu gehören Entscheidungen, die die Institutionen und Instrumente des Kioto-Protokolls über die erste Verpflichtungsperiode hinaus beschreiben, Stichwort CDM. Eine zweite Verpflichtungsperiode ist nur dann denkbar, wenn wir gleichzeitig einen robusten Fahrplan mit einem konkreten Zeitrahmen beschließen, und zwar mit verbindlichen Minderungspflichten für alle Staaten, das heißt natürlich für alle großen Emittenten.

Klimaschutzdiplomatie bedeutet nichts anderes als das Bohren dicker Bretter. Auch die Vor-Kioto-Periode war ein Marathonlauf. Der Marathonlauf ist noch nicht zu Ende. Wir brauchen einen langen Atem. Aber wir

Parl. Staatssekretärin Katherina Reiche

- (A) können es schaffen. Die Zukunft unseres Planeten sollte uns diese Anstrengung wert sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Dr. Matthias Miersch für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Staatssekretärin, Sie haben von Vertrauen und notwendiger Glaubwürdigkeit gesprochen. Sie sagten, die Bundesrepublik Deutschland habe in den internationalen Verhandlungen einen großen Beitrag zur Vertrauensbildung geleistet, auch durch die Fast-Start-Mittel. Ich kann Ihnen nur sagen: Aus meiner Sicht verursacht die Nichteinhaltung von Zusagen den größten Vertrauensverlust, den die Bundesrepublik Deutschland derzeit auf internationaler Ebene zu verkraften hat. Die Nichtregierungsorganisation Oxfam hat Sie darauf hingewiesen, dass Sie 12 Prozent Ihrer Zusagen gehalten haben. Das heißt, Sie haben 12 Prozent Vertrauen. Aber 88 Prozent sind bislang auf der Strecke geblieben. Das behindert den Fortschritt auf internationalen Klimakonferenzen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Das, was Sie, Herr Kauch, eben gesagt haben, hörte sich gut an. Aber wenn es konkret wird und um Verbindlichkeit geht, sind wir fast keinen Schritt vorangekommen, weder bei den Fast-Start-Mitteln noch im Hinblick auf konkrete Minderungsziele, beispielsweise das unkonditionierte 30-Prozent-Minderungsziel, dessen Bedeutung Andreas Jung lobenswerterweise betont hat. Das ist in der schwarz-gelben Regierung nicht durchsetzbar. Deswegen fahren wir mit angezogener Handbremse nach Durban, und das ist ungesund.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, schlagen wir Ihnen vor, hier in Deutschland anzufangen, sich an konkreten, verbindlichen Zielen zu orientieren und das Handeln danach auszurichten – bislang vergeblich. Wir haben Ihnen auch vorgeschlagen, ein nationales Klimaschutzgesetz zu verabschieden. Nichts ist passiert. Auch dies trägt nicht zur Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene bei.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fritz Vorholz hat in der *Zeit* von dieser Woche sehr deprimiert geschrieben, das Problem der Klimapolitik bestehe darin, dass der Meeresspiegel langsamer ansteige als der Zins für Staatsanleihen. Ich glaube, hinter dieser Aussage steckt sehr viel. Denn eines ist klar: Wenn wir es nicht schaffen, diese Menschheitsfrage international, aber auch national zu beantworten, dann weisen wir den nachfolgenden Generationen den Weg in den Ruin.

(C) Wir haben kein Gegenüber, mit dem wir verhandeln können, wenn es um natürliche Vorgänge und die natürlichen Lebensgrundlagen geht. Die Chance der Verhandlung, die wir beispielsweise in der Finanzkrise hatten, haben wir in diesem Fall nicht. Deswegen glaube ich, wir müssen begreifen – das ist die eigentliche Herausforderung, auch für dieses Haus –, dass wir nur noch wenig Zeit haben, um den Umstieg hinzubekommen, und dass sich dieses Parlament mit dieser Frage – für diesen Hinweis bin ich Hermann Ott dankbar – in der Tat interdisziplinär befassen muss. Dies ist nicht nur eine Frage der Umweltpolitik, sondern auch eine Frage der Außenpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, aber auch der Sozialpolitik. Wir müssen das Ressortdenken endlich überwinden.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Andreas Jung [Konstanz] [CDU/CSU])

(D) Ich glaube, in diesem Zusammenhang können wir es uns leisten, immer einen Schritt weiter als andere zu sein. Denn was vergeben wir uns, wenn wir unsere Energieeinsparziele nach oben schrauben? Was vergeben wir uns, wenn wir Effizienz ganz hoch ansiedeln, wenn es um das Herstellen neuer Maschinen geht? Wir sorgen so dafür, dass Maschinen produziert werden, die zukünftig im Export gefragt sind. Wir werden die Wirtschaft damit stärken und nicht nur die Umwelt schützen. Was vergeben wir uns, wenn wir als Politiker endlich erkennen würden, welche Folgen es hätte, die von Sir Nicholas Stern aufgezeigte Entwicklung zu verschlafen? Welche dramatischen volkswirtschaftlichen Kosten kämen auf die Menschheit zu, wenn wir es jetzt nicht schaffen würden, den notwendigen Umschwung zu erreichen? Durch jede Milliarde, die wir jetzt einsetzen, wird das Zahlen von sehr vielen Milliarden in der Zukunft verhindert. Dieses Denken muss hier endlich Einzug halten.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kauch, wir müssen über neue Mechanismen nachdenken, Stichwort „Yasuní“. Sie können hier nicht mit dem normalen Mechanismus der Vereinten Nationen operieren; denn hier geht es nicht nur um Waldschutz, sondern auch um den Erhalt der Biodiversität. Wenn der Wald geschützt werden soll, dann muss dem Land eine Kompensation angeboten werden, die es lukrativ macht, die Rohstoffe im Boden nicht zu fördern und die Biodiversität zu schützen. Einen solchen Mechanismus gibt es bei den Vereinten Nationen bislang nicht. Ein solcher Lösungsansatz verdient es, hier im Parlament sehr intensiv diskutiert und verabschiedet zu werden. Ich glaube, hier besteht eine enorme Chance für die internationale Staatengemeinschaft.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Das hat sogar Berlusconi erkannt!)

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Josef Göppel das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Josef Göppel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bisherige Verlauf der Debatte zeigt ganz deutlich, dass von diesem Parlament jetzt das Signal ausgehen muss, dass wir das Verschleppen und Verzögern eines internationalen Klimaschutzabkommens nicht hinnehmen. Es war ja der Deutsche Bundestag, der vor zwei Jahren das Minderungsziel von 40 Prozent ohne Bedingungen beschlossen hat.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Genau!)

Es muss deutlich werden, dass diejenigen der Regierung, die verhandeln, ein drängendes Parlament über alle Fraktionsgrenzen hinweg im Rücken haben. Das möchte ich hier deutlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Andreas Jung hat schon darauf hingewiesen, dass er das 30-Prozent-Ziel für richtig hält und weiterhin unterstützt. Das gilt ebenso für mich. Ich bin der Überzeugung, dass wir in Durban keine Fortschritte erzielen werden, wenn sich die Europäische Union nicht bewegt. Die Europäische Union gehört im Moment aber leider nicht zu den Zugpferden.

(B)

Der Prozess der Meinungsbildung in der Europäischen Union geht quälend langsam voran. Da das Abkommen von Kyoto 2012 ausläuft und am Ende des Jahres 2011 nichts in Sicht ist, was an seine Stelle treten kann, muss ich sagen: Alle, die ihren Amtseid ernst nehmen, können angesichts dessen nicht ruhig sitzen bleiben. Wir haben hier eine besondere Verantwortung.

Nun setzt Deutschland als hochindustrialisiertes Land seit der Energiewende im Sommer 2011 vollkommen auf erneuerbare und CO₂-freie Energien. Die Welt beobachtet aufmerksam, wie das deutsche Experiment vorangeht. Ebenda liegt unsere besondere Verantwortung.

Ich will auf einen Punkt eingehen, der in den Verhandlungen in Durban vielleicht eine Brücke darstellen kann, nämlich die Energieeffizienz und die Einspartechnologien. Dabei geht es darum, was wir selber bei uns tun: in Deutschland, in der Europäischen Union. Die europäischen Regierungschefs haben 2007 den Beschluss gefasst: dreimal 20 Prozent bis 2020. Die Marke von 20 Prozent erneuerbare Energien werden wir in neun Jahren wahrscheinlich deutlich überschritten haben; vielleicht liegen wir dann bei 30 Prozent. Bei der CO₂-Einsparung wird Europa wohl das 20-Prozent-Ziel erreichen. Aber unsere Schwachstelle sind die Energieeffizienz und die Einsparung von Primärenergie. Wenn es konkret wird, verlaufen die Verhandlungen eher zögerlich, so auch die Beratungen über eine neue europäische Energieeffizienzrichtlinie.

Ich muss ganz deutlich sagen: Diejenigen, die den Vorschlag der Europäischen Union, der vorsieht, dass Energieversorger verpflichtet werden, jährlich eine Effizienzsteigerung von 1,5 Prozent zu erreichen, für Planwirtschaft halten, müssen sagen, wie sie das Ziel auf andere Weise erreichen wollen.

(C)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eine Reihe von amerikanischen Bundesstaaten, die etwa die Hälfte der Bevölkerung der USA repräsentieren, hat dieses Ziel übernommen. Darunter ist übrigens der Bundesstaat Texas, dem man Planwirtschaft bestimmt nicht vorwerfen kann. In Europa haben sich Frankreich, Polen, Dänemark und Großbritannien entsprechend verpflichtet.

Ich habe mit Interesse gesehen, dass Eon in Großbritannien in den Zeitungen ganzseitige Inserate mit der Überschrift schaltet: Was in aller Welt soll einen Energieversorger veranlassen, dafür zu sorgen, dass seine Kunden weniger Energie verbrauchen? – Solche Inserate erinnern mich sehr an die Einführung des Katalysators 1982/83 in der Ära Kohl. Damals war es teilweise die Taktik der deutschen Industrie: in Deutschland verschleppen und im Ausland verkaufen.

Die Steigerung der Energieeffizienz und dementsprechend die Einsparung von Primärenergie sind der Schlüssel für Schwellenländer; denn wenn wir Technologien auf den Weltmärkten anbieten können, die diesen Ländern helfen, den Energieverbrauch zu senken und damit Kosten einzusparen, dann werden wir auch in den Klimaverhandlungen mehr Erfolg haben. Ich erwarte als Abgeordneter der Koalition, dass Deutschland rasch auf die Verabschiedung einer neuen Energieeffizienzrichtlinie drängt, und zwar mit verbindlichen Zielen und verbindlichen Maßnahmen.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/7356 und 17/7481 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 12 auf:

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Wiedergewährung der Sonderzahlung**

– Drucksache 17/7631 –

Überweisungsvorschlag:
Innenausschuss (f)
Rechtsausschuss
Verteidigungsausschuss
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO